

Tarifeinigung

Künftig mehr Gehalt für Banker

Andreas Kröner Frankfurt

Fünf Monate haben Arbeitgeber und Gewerkschaften intensiv verhandelt. Am frühen Donnerstagmorgen einigten sie sich nun in Berlin auf einen neuen Tarifvertrag für die rund 200 000 Beschäftigten bei privaten und öffentlichen Banken in Deutschland. Die Entgelte für Bankbeschäftigte steigen in zwei Stufen um insgesamt 4,0 Prozent.

„Nach fünf Verhandlungsrunden mit 45 Verhandlungsstunden haben wir ein umfangreiches Gesamtpaket ausgehandelt, das eine deutliche Verbesserung gegenüber dem letzten Arbeitgeberangebot darstellt“, sagte Verdi-Bundesvorstandsmitglied Christoph Meister. „Dies wäre ohne die 12 000 streikenden Bankbeschäftigten allein in den letzten drei Wochen nicht möglich gewesen.“

Auch die Arbeitgeber zeigten sich zufrieden. „Das Verhandlungsergebnis berücksichtigt die schwierige Branchenlage und dokumentiert zugleich den Reform- und Gestaltungswillen der Tarifparteien“, sagte Verhandlungsführer und Deutsche-Bank-Vorstand Karl von Rohr. „Mit dem Gehaltsabschluss sichern wir die Realeinkommen der Beschäftigten und schaffen langfristig Planungssicherheit für unsere Unternehmen.“

Im Zuge der Tarifrunde legten in den vergangenen Monaten Tausende Beschäftigte immer wieder ihre Arbeit nieder und gingen für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße. Im März und April nutzten viele Angestellte die Warnstreiks auch, um gegen die mittlerweile abgeblasene Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank zu protestieren. Zuletzt hatte für Schlagzeilen gesorgt, dass die Deutsche Bank weltweit bis zu 20 000 Stellen streichen will.

Die Gewerkschaft Verdi war mit einer Forderung von sechs Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von zwölf Monaten in die Verhandlungen gegangen. Die Arbeitnehmer hatten in der vierten Verhandlungsrunde in drei Stufen 4,1 Prozent mehr Lohn für 36 Monate angeboten. Am Ende einigten sich beide Seiten auf eine Erhöhung von vier Prozent bei einer Laufzeit von 29 Monaten. Zum 1. September 2019 steigen die Entgelte um zwei Prozent, zum 1. November 2021 um weitere zwei Prozent.

„Mit dem Gesamtpaket sind wir zufrieden. Denn neben dem Gehaltsplus haben wir noch andere Forderungen durchgesetzt, die uns wichtig waren, etwa die Freistellung für Gesundheitsuntersuchungen und die bessere Übernahme von Auszubildenden“, meint Oliver Popp, Sprecher des Deutschen Bankangestellten-Verbands. Wichtig sei auch, dass die Mitarbeiter künftig mithilfe von Qualifizierungsgesprächen passender fit für die Digitalisierung gemacht werden könnten.

„Das waren lange und besonders schwierige Verhandlungen“, sagte Gunar Feth, der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft öffentlicher Banken. „Dieser Tarifabschluss liegt an der Belastungsgrenze, ist aber gerade noch vertretbar und wird den vielen verschiedenen Geschäftsmodellen in unserer Branche gerecht.“



imgo/Weatendf

Betrug mit Onlinetrading

Ausgeweitete Ermittlungen

Bis zu 200 000 Deutsche könnten Opfer betrügerischer Trading-Seiten im Internet geworden sein.

Felix Holtermann Frankfurt

Sie hießen „Option888“, „TradeInvest90“, „ZoomTrader“, „XMarkets.com“ und „TradoVest“: Fünf Onlinetrading-Plattformen betrieb nach Erkenntnissen von Ermittlern die Gruppe um einen deutschen Staatsbürger, der heute in Wien in Untersuchungshaft sitzt.

In den Dateien der Anbieter fanden sich die Namen von mehr als 200 000 Deutschen, bestätigte die Staatsanwaltschaft Saarbrücken am Donnerstag dem Handelsblatt. Ob alle Aufgeführten tatsächlich Geld verloren haben, ist noch unklar. Zuerst hatten NDR und SR über die Ermittlungsfortschritte berichtet.

Derzeit seien im eigenen Sammelverfahren 233 Fallakten zusammengefasst, erklärte der Saarbrücker Staatsanwalt Mario Krah. „Täglich gehen aus dem Bundesgebiet weitere Anzeigen ein.“ Im Schnitt hat jedes Opfer mehr als 40 000 Euro verloren. Hochgerechnet könnte die Bande Hunderte Millionen Euro mit den fünf Plattformen erbeutet haben.

Das österreichische Innenministerium war Ende Februar, als das Han-

deltsblatt als erstes Medium über den Komplex berichtet hatte, von einem Gesamtschaden in Höhe von 100 Millionen Euro jährlich ausgegangen – für alle betrügerischen Trading-Seiten. Deren Gesamtzahl beläuft sich laut den Saarbrücker Ermittlern auf mehr als 400 Plattformen. Bei einem Großteil von ihnen könnte dieselbe technische Infrastruktur wie bei den genannten fünf Portalen zum Einsatz gekommen sein.

Die Ermittlungen werden von verschiedenen Stellen geführt und reichen von Deutschland über Österreich bis nach Tschechien, Bulgarien und in die Republik Kosovo. Laut der Staatsanwaltschaft Saarbrücken gab es insgesamt 35 Durchsuchungen bei Firmen, in Privatwohnungen und Callcentern. Von dort aus wurden die Betrugsoffer per Telefonakquisition in immer höhere Investments gedrängt. Dem Handelsblatt liegen entsprechende Chatprotokolle und Tonaufnahmen vor. Vermeintlich investierten die Opfer in binäre Optionen, Aktien, Bitcoin und andere Finanzprodukte. Real war das Geld laut Ermittlern jedoch schon bei der Ein-

Aktiengeschäfte per Internet: Betrüger lockten mit rein virtuellen Gewinnen.

zahlung verloren – die Handelssysteme, die auf den Plattformen zunächst große Gewinne anzeigten, waren rein virtuell, vergleichbar mit einem Computerspiel. Am Ende stand regelmäßig der Totalverlust des eingezahlten Vermögens.

Die Rolle der Banken

Zu den involvierten Banken gehörten laut NDR und SR auch Postbank, Fidor-Bank, ING, HSBC sowie die Sparkasse Koblenz. Alle sollen Zahlungen für das Betrugsnetzwerk abgewickelt haben. Die Sparkasse Koblenz erklärte auf Anfrage: „Eine Geschäftsbeziehung zu einer mutmaßlich in diesem Zusammenhang stehenden Gesellschaft wurde beendet, weil unsere Kontrollsysteme verdächtige Transaktionsmuster erkannt haben. Wir bedauern, dass ein Kunde sein Konto in unserem Haus mutmaßlich für betrügerische Handlungen missbraucht hat.“ Man arbeite umfangreich mit Aufsicht und Ermittlern zusammen. Die HSBC erklärte: „HSBC ist entschlossen, Kriminellen den Zugang zum Finanzsystem zu versperren. Wir verfügen über solide Richtlinien und Verfahren zur Bekämpfung von Betrug und Geldwäsche. Auch in diesem Fall haben wir die entsprechenden Maßnahmen ergriffen.“

Die Fidor-Bank teilte mit, man kündige Geschäftsbeziehungen bei Hinweisen auf kriminelle Aktivitäten sofort und verfolge dort „eine strenge Null-Toleranz-Politik“. Dennoch könne es auch Fidor nicht verhindern, „dass Kunden nach erfolgreicher Kontoeröffnung und entsprechender Prüfung kriminelle Handlungen vollziehen“. ING und Postbank wollten unter Verweis auf das Bankgeheimnis zu den aktuellen Vorwürfen nicht Stellung nehmen. Die internen Prozesse würden kontinuierlich verbessert, beim Verdacht auf rechtswidrige Aktivitäten reagiere man mit kurzfristiger Kontolöschung, erklärten beide Institute.

Aus informierten Kreisen war zu erfahren, dass die Postbank sechs Konten für Firmen des Betrugsnetzwerks geführt hatte. Nach internen wie externen Hinweisen wurden diese aber binnen drei bis neun Monaten, eines innerhalb eines Tages, geschlossen. Sicherergestellt werden konnten Guthaben von unter einer Million Euro. Vor gut einem Monat hatte die Wirecard-Bank nach einem Handelsblatt-Bericht über Zahlungsabwicklungen für betrügerische Trading-Seiten ebenfalls von beendeten Geschäftsbeziehungen berichtet.

Verbraucherschützer kritisieren, dass die Ermittlungen im Betrugs-komplex auch aufgrund der föderal aufgebauten deutschen Justiz nur langsam vorankommen. „Die Verbrechen agieren international und über Ländergrenzen hinweg. Aber in Deutschland gibt es keine zentrale Erfassungsstelle für die Betrugsverfahren. Das ist ein unhaltbarer Zustand“, kritisierte Elfriede Sixt von der „European Funds Recovery Initiative“ (EFRI) aus Wien. Thomas Beutler, Finanzexperte der saarländischen Verbraucherzentrale, empfiehlt Betroffenen, sich direkt an die Staatsanwaltschaft Saarbrücken zu wenden, wo die Verfahren gesammelt bearbeitet werden könnten.

„Täglich gehen aus dem Bundesgebiet weitere Anzeigen ein.“

Mario Krah
Staatsanwalt